

**Antrag 28/II/2024****KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Rechtliche Grauzone schließen: Bestellerprinzip auch für Immobilienscout24 und Co.****1 Der PES-Kongress möge beschließen**

2

3 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bun-  
4 destages, der Bundesregierung, des Europäischen Parla-  
5 ments und der Europäischen Kommission dazu auf sich  
6 dafür einzusetzen, dass das Bestellerprinzip erweitert und  
7 auch auf Online-Immobilienplattformen, wie Immobili-  
8 enscout24, angewandt wird.

9

10 Anbietende Vermieter:innen sollen alle Kosten für die  
11 Vermittlung ihrer Immobilien und die Kontaktherstel-  
12 lung zwischen ihnen und Mietinteressent:innen tragen.  
13 Das Geschäftsmodell, das Wohnungssuchende zu kosten-  
14 pflichtigen Premiummitgliedschaften zwingt, alleine um  
15 Zugang zu Wohnungsangeboten zu haben, ist zu unter-  
16 binden.

17

**18 Begründung**

19 Das Bestellerprinzip auf dem Immobilienmarkt regelt,  
20 dass die Person oder Organisation, die die Leistung ein-  
21 nes:einer Makler:in bestellt, auch dafür zahlt. Viele Ver-  
22 mieter:innen bieten ihre Wohnungen mittlerweile (aus-  
23 schließlich) auf Onlineplattformen an und nehmen dem-  
24 entsprechend die Vermittlung über diese Plattformen in  
25 Anspruch. Die führende dieser Onlineplattformen ist Im-  
26 mobilienscout24.

27

28 Seit 2018 können Wohnungssuchende auf Immobiliens-  
29 scout24 eine Plus-Mitgliedschaft abschließen. Hierdurch  
30 erhalten sie neben einer digitalen Bewerbungsmappe mit  
31 „Bonitätscheck“ (der ebenso rechtlich und durch Verbrau-  
32 cherschützer:innen in der Kritik steht) auch exklusiven Zu-  
33 griff auf einige Wohnungsangebote. So sind die Kontakt-  
34 möglichkeiten für einige Inserate für die ersten 48 Stun-  
35 den auf Plus-Mitglieder beschränkt. Das betrifft insbeson-  
36 dere Gegenden mit einem angespannten Mietmarkt, in  
37 denen Inserate häufig ohnehin nach kürzester Zeit wieder  
38 offline genommen werden. Hinzukommt, dass die Nach-  
39 richten von Plus-Mitgliedern im Posteingang potenzieller  
40 Vermieter:innen „ganz oben“ landen würden.

41

42 Eine solche Plus-Mitgliedschaft kostet rund 30 Euro im  
43 Monat und hat eine Mindestlaufzeit von 3 Monaten. Um  
44 auf Immobilienscout24 uneingeschränkt nach Wohnun-  
45 gen suchen zu können, zahlt man also mindestens 90 Eu-  
46 ro.

47

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bun-  
destages, der Bundesregierung, des Europäischen Parla-  
ments und der Europäischen Kommission dazu auf sich  
dafür einzusetzen, dass das Bestellerprinzip erweitert und  
auch auf Online-Immobilienplattformen, wie Immobili-  
enscout24, angewandt wird.

Anbietende Vermieter:innen sollen alle Kosten für die  
Vermittlung ihrer Immobilien und die Kontaktherstel-  
lung zwischen ihnen und Mietinteressent:innen tragen.  
Das Geschäftsmodell, das Wohnungssuchende zu kosten-  
pflichtigen Premiummitgliedschaften zwingt, alleine um  
Zugang zu Wohnungsangeboten zu haben, ist zu unter-  
binden.

48 Die Plattform nutzt die mehr als prekäre Lage auf dem  
49 Wohnungsmarkt und die Not Wohnungssuchender aus,  
50 um zusätzliche Profite zu machen. Dabei wird das Prinzip  
51 Ungleichbehandlung ganz ungeniert zum Geschäftsmodell  
52 gemacht. Wer sich die 90 Euro nicht leisten kann, hat  
53 noch geringere Chancen, überhaupt für eine Wohnung in  
54 Betracht gezogen zu werden. Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokrat:innen, solchen Praktiken den Riegel vorzuschieben.

57

58 Vermieter:innen, die ihren Wohnraum anbieten, sollten  
59 weiter die Kosten hierfür tragen. Das Bestellerprinzip soll  
60 Hürden für die Anmietung einer Wohnung beseitigen und  
61 insbesondere Menschen mit wenig Geld hierbei entlasten.  
62 Das stellt auch das Bundesverfassungsgericht fest, als  
63 es im Jahr 2016 Verfassungsklagen gegen das Bestellerprinzip  
64 abweist. Es ist dementsprechend nur konsequent, den  
65 Onlinemarkt aus der rechtlichen Grauzone herauszuholen  
66 und Wohnungssuchende auch hier vor Ausbeutung  
67 zu schützen.